

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Betriebsuntersagung für Fahrschulen beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die generelle Betriebsuntersagung für Fahrschulen zu beenden und bestimmte Tätigkeiten, wie beispielsweise Büroarbeit, Terminkoordinierung, Fahrschulunterricht der Zweirad-Führerscheinklassen A, A1, A2 AM sowie Theorieunterricht oder Punkteabbauseminare wieder zu erlauben, insofern ein Schutz- und Hygienekonzept vorliegt und ein ausreichender Mindestabstand zwischen Fahrlehrer und Fahrschüler von 1,50 Meter eingehalten werden kann.

Begründung:

Der Betrieb sämtlicher Einrichtungen, die nicht notwendigen Verrichtungen des täglichen Lebens dienen, sondern der Freizeitgestaltung, wurde im Rahmen der Allgemeinverfügung untersagt. Während erste Lockerungen getätigt wurden, gilt für Fahrschulen nach wie vor, dass sie ihren Betrieb im Allgemeinen nicht aufnehmen dürfen, obwohl bestimmte Tätigkeitsfelder wie beispielsweise Vorbereitungen, Terminkoordinierungen, der Fahrschulunterricht der Zweirad-Führerscheinklassen A, A1, A2, AM ohne direkten Kontakt zwischen Fahrlehrer und Fahrschüler möglich ist. Ebenso könnte ein Theorieunterricht oder Punkteabbauseminare, sowohl digital als auch in Präsenz unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln vollzogen werden.